**MEDIENINFORMATION**

**Totalrevision CO2-Gesetz**

**Gewerbe und Arbeitnehmende werden zur Kasse gebeten**

***Bern, 1. September 2020* – Die Debatte um das neue CO2-Gesetz geht im Ständerat in die nächste Runde. Urs Wernli, Zentralpräsident des Auto Gewerbe Verband Schweiz (AGVS), kritisiert die zunehmende Belastung der Schweizer Bevölkerung durch immer neue Abgaben. Ein Referendum schliesst Wernli nicht aus.**

«Das Parlament scheint auszublenden, dass unsere Ökonomie nebst Industriellen und Gewerbetreibenden auch aus Millionen von Arbeitnehmenden und deren Familien besteht», sagt Urs Wernli. Der Präsident des Schweizer Garagistenverbands äussert sich besorgt zu den Eckpfeilern des neuen CO2-Gesetzes, die vom National- und Ständerat bereits gesetzt wurden.

Es geht dabei namentlich um eine Erhöhung der Benzin- und Dieselpreise um bis zu 12 Rappen sowie um weitere Verschärfungen der CO2-Sanktionen auf Personenwagen, Lieferwagen und schweren Nutzfahrzeugen. Für Urs Wernli ist unverständlich, dass der Nationalrat «mitten in der Corona-Krise ein Paket schnürt, das jede Person in der Schweiz im Durchschnitt pro Jahr mit einem vierstelligen Betrag belastet».

Denn die aktuelle Situation habe die Bedeutung des Strassenverkehrs einmal mehr unterstrichen, so Wernli: «Die Menschen meiden die öffentlichen Verkehrsmittel aus Angst vor einer Ansteckung mit Covid-19 und setzen vermehrt auf das Privatfahrzeug. Dass das Parlament die unbestrittenen Vorteile des motorisierten Individualverkehrs derart ausblendet, ist für mich unverständlich.» Der oberste Schweizer Garagist wünscht sich eine unideologische und technologieoffene Debatte um den Klimaschutz.

Das vom Nationalrat in der Sommersession behandelte Gesetz, das nun an den Ständerat zurückgeht, bringt für das Schweizer Gewerbe eine zusätzliche Belastung. «Der Nationalrat hat keine Rücksicht auf die Schweizer Wirtschaft und auf die schwierige Lage der Schweizer Bevölkerung genommen. Er setzt auf Planwirtschaft. Dabei sieht das Übereinkommen von Paris ausdrücklich auch marktwirtschaftliche Instrumente vor, um die Klimaziele zu erreichen.» Die Rechnung ist relativ einfach: Das neue CO2-Gesetz belastet die Menschen in der Schweiz finanziell und dieses Geld fehlt für den Konsum. Urs Wernli: «Und wenn weniger konsumiert wird, fehlen dem Gewerbe die nötigen Erträge.»

Der AGVS hat den Schweizer Parlamentarierinnen und Parlamentariern gemeinsam mit strasseschweiz, dem Verband des Strassenverkehrs, einen Brief mit sechs Vorschlägen gemacht, wie sowohl das Klima als auch die Arbeitsplätze in der Schweiz geschützt werden können. Ein Referendum gegen das neue CO2-Gesetz schliesst der AGVS-Zentralpräsident nicht aus: «Ich halte ein allfälliges Referendum – Stand jetzt – nicht für chancenlos.»

**Weitere Informationen** erhalten Sie von Urs Wernli, AGVS-Zentralpräsident, Telefon 031 307 15 20, Mobile 079 222 14 58,
E-Mail urs.wernli@agvs-upsa.ch. **Koordination:** Anina Zimmerli, Telefon 031 307 15 43, E-Mail anina.zimmerli@agvs-upsa.ch

***Der Auto Gewerbe Verband Schweiz (AGVS)***

*Das Schweizer Autogewerbe ist feingliedrig strukturiert: 1927 gegründet, ist der AGVS heute der Branchen- und Berufsverband der Schweizer Garagisten, dem rund 4000 kleinere, mittlere und grössere Unternehmen, Markenvertretungen sowie unabhängige Betriebe angehören. Die insgesamt 39'000 Mitarbeitenden in den AGVS-Betrieben – davon 9000 in der Aus- und Weiterbildung stehende Nachwuchskräfte – verkaufen, warten und reparieren den grössten Teil des Schweizer Fuhrparks mit rund 6 Millionen Fahrzeugen.*

** Text und Bild zum Download auf** [**www.agvs-upsa.ch**](http://www.agvs-upsa.ch) **im Footer «Medieninformationen»**

** Abonnieren Sie auch den AGVS-Newsletter:** [**www.agvs-upsa.ch/de/Newsletter\_Anmeldung**](http://www.agvs-upsa.ch/de/Newsletter_Anmeldung)****